

Pflege:

Es geht um die Würde des Menschen!

Wir alle wissen es: Vor Jahrzehnten haben viele junge Menschen die Chance eines neuen Berufsfeldes – das der Pflege – ergriffen. Ihre Motivation: Pflegebedürftigen Menschen durch eine qualitätsvolle Pflege einen würdigen Lebensabend zu bereiten. Heute wissen wir alle: Der gute Wille der jungen Menschen von damals hat nicht ausgereicht, diesen Beruf bis zum Ruhestandsalter durchzuhalten.

Das Berufsbild und die Belastungen haben sich geändert, und zwar so, dass oftmals Altenpflegerinnen und Altenpfleger aus gesundheitlichen Gründen oft nicht mehr in der Lage sind, ihren Beruf auszuüben. Junge Menschen zwischen 30 und 40 Jahren mit zwei oder drei Bandscheibenvorfällen sind zum Beispiel keine Seltenheit. Wenn wir uns die Sendungen in den Medien anschauen, dann mag keiner von uns daran denken, dass wir selbst einmal irgendwann möglicherweise zu diesen Patienten gehö-

ren, die nur noch unter höchstem Zeitdruck die notwendige Pflege erhalten. Wir wollen nicht pauschal verurteilen: Es gibt gut geführte Häuser, in denen sich pflegebedürftige Menschen gut aufgehoben und betreut fühlen.

Trotzdem – im Bereich Pflege gibt es Vieles zu tun, Vieles zu verbessern, und zwar jetzt. Es nützt nicht viel, wenn auf Konferenzen und Kongressen immer wieder auf Pflege hingewiesen wird. Es müssen die dort gefassten Vorschläge auch in der Realität des Pflegealltags umgesetzt werden. Dazu bedarf es des Zusammenwirkens aller Beteiligten, außerhalb und innerhalb der Einrichtung. Vor allem sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefordert. Sie müssen auch den Mut haben, auf »Missstände« hinzuweisen. Wie das gehen kann, zeigt uns ein Projekt des Instituts für betriebliche Gesundheitsfürsorge, ein Tochterunternehmen

der AOK. Dort werden Wege aufgezeigt, wie die Gesundheit der Pflegekräfte erhalten werden kann – auch die psychische Gesundheit – und dass es durchaus möglich ist, auch ältere Pflegekräfte wieder einzugliedern. Das Thema »Qualität in der Pflege« haben wir als Hintergrundwissen auf Seite 2 aufgearbeitet. Ein Bericht über die große Landeskongferenz »Qualität in der Pflege« stellt Möglichkeiten von Verbesserungen vor. Nur ... der Worte sind genug gewechselt...



*Egon Backes
stellv. Vorsitzender der LSV NRW*

Bevor sich ein Mensch entschließt, ins Pflegeheim umzuziehen, ist eine umfassende Beratung notwendig. Wie das auch auf ehrenamtlicher Basis hervorragend funktionieren kann, zeigt das Beispiel Rheinberg auf Seite 5.

Ein wichtiges Thema, das auf alle älteren Menschen alsbald zukommt, ist die Besteuerung ihrer Alterseinkünfte. Damit es keine allzu bösen Überraschungen gibt, haben wir das Thema in dieser Ausgabe ausführlich auf Seite 6 erläutert.

Ein positives Miteinander der Generationen bietet sich durch das Projekt »Wohnen für Hilfe« (Seite 7).

Egon Backes

Aus dem Inhalt

Hintergrund-Wissen	2
LSV aktiv: Aus dem Vorstand	3, 4 und 7
Ehrenamtliche Pflegeberatung in der Stadt Rheinberg	5
Alterseinkünfte-Gesetz – Besteuerung der Renten	6
Aus den kommunalen Seniorenvertretungen	8
Seniorenvertretungen stellen sich vor – Gütersloh	9
Pflegen und gesund bleiben – Interview	11
Mitglieder der LAGSO stellen sich vor	12
Impressum	12

HINTERGRUND-WISSEN:

**Qualität in der Pflege – »dies ist ein weites Feld«,
um es mit den Worten von Theodor Fontane zu sagen.**

Ausgewählte Aspekte sollen in diesem Artikel näher betrachtet werden.

Der Begriff Qualität allein beinhaltet keine Maßstäbe

Im allgemeinen Wortsinn ist der Begriff Qualität gleichbedeutend mit der Beschaffenheit einer Sache. Qualität kann demnach definiert werden als die Übereinstimmung von IST und SOLL, das heißt: wenn die tatsächlichen Bedingungen (IST-Zustand) den gesetzten Zielen (SOLL-Zustand) entsprechen, ist Qualität gegeben. Anstelle von Soll-Zustand wird der Begriff Standard (Normalmaß, Richtschnur) verwendet. Der Qualitätsbegriff – definiert als Übereinstimmung von IST und SOLL – selbst beinhaltet keine Auskunft darüber, welcher Maßstab oder Standard angesetzt wird, also auf welchem Niveau sich der zu betrachtende Gegenstand befindet.

Dies soll folgendes Beispiel illustrieren: Allgemein mag man der Ansicht sein, eine Limousine der Marke Mercedes habe unzweifelhaft eine ‚bessere‘ Qualität als ein Kleinwagen der Marke ‚Fiat‘. Dies ist aus der Logik des Qualitätsbegriffs nicht so, da an beiden Autos jeweils andere Maßstäbe gelegt werden. Danach kann ein Kleinwagen sogar eine bessere Qualität aufweisen, wenn er – im Gegensatz zur Limousine – allen (seinen) Qualitätsstandards entspricht.

Die Definition von Qualität ohne die Setzung von Standards ist nicht möglich. Allerdings fallen (Qualitäts-)standards weder vom Himmel, noch sind sie von Gott gegeben – sie werden durch Entscheidungen gesetzt: Es handelt sich um Ziele, die Werte beinhalten.

Für die Bundesrepublik lässt sich festhalten, dass es für die Pflege und Versorgung alter Menschen nur wenige spezielle Qualitätsstandards gibt, die von ganz unterschiedlichen Institutionen formuliert und vertreten wer-

den, zum Beispiel das Heimgesetz (vertreten durch die Heimaufsichtsbehörden), der Medizinische Dienst der Spitzenverbände der Krankenkassen e.V. (MDS) sowie das Deutsche Netzwerk zur Qualitätsentwicklung in der Pflege (DNQR).

Qualität in der Pflege wird nicht nur durch professionelle Pflegekräfte bestimmt

In der Fachdiskussion herrscht Einigkeit darüber, dass zur Beschreibung von Qualität in der Pflege die Berücksichtigung der Sichtweisen von Pflegendem und Gepflegtem notwendig ist. Anders ausgedrückt: Qualität ist nicht nur, was die Pflegekraft denkt. Der Pflegebedürftige ist nicht passives Objekt, sondern Subjekt. Auf diese Weise verlieren Pflegebedürftige ihren Status als ‚Laien‘ und erhalten den als ‚Experten der eigenen Situation‘. Diese Perspektiven eröffnen für alle an der Pflege Beteiligten die Notwendigkeit, mit ihren eigenen Situationseinschätzungen beteiligt zu werden.

Qualität in der Pflege ist von vielen Faktoren abhängig

»Gute« Pflege und Versorgung sind von vielen Faktoren abhängig, unter anderem von der Kompetenz des Personals oder auch der Ausstattung der Einrichtung. Allerdings lassen sich keine ‚einfachen‘ Kausalbeziehungen herstellen wie zum Beispiel »je mehr Personal je besser die Einrichtung« oder auch »je teurer der Heimplatz desto besser die Einrichtung«.

Notwendigkeit der Betroffenenbeteiligung an der Qualitätsdiskussion

Die hier gemachten Ausführungen zeigen meines Erachtens die Notwen-

digkeit der Betroffenenbeteiligung an der Qualitätsdiskussion. So kann beispielsweise die Frage aufgeworfen werden, ob derzeit gültige Standards tatsächlich die »Richtigen« sind. Folgendes Beispiel soll dies abschließend illustrieren:

Die Auswahl zwischen mehreren Gerichten gilt als Qualitätskriterium für die Mahlzeitenversorgung in stationären Einrichtungen und wird als solches auch durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) geprüft. Ausgerechnet in einer Einrichtung ohne Menüwahl (nur bei so genannten ‚kritischen Essen‘ wie Fisch gibt es Alternativen) sagte eine Bewohnerin im Interview: »Das Essen schmeckt immer gut. Genauso würde ich kochen, wenn ich noch könnte. Aber ich kann ja nicht mehr (...)«. Auch wenn diese Einzelfeststellung wissenschaftlich kaum belastbar ist, ist sie doch Ausdruck für eine bestimmte Präferenz bei der Bewertung der Mahlzeiten, die eben nichts mit der Menüwahl zu tun hat.

Den Qualitäts-Standard ‚Essensauswahl‘ auf den Prüfstand zu stellen, bedeutet nun nicht, die Qualität und Kosten der Mahlzeitenversorgung in Pflegeheimen senken zu wollen. Vermutlich wären Mahlzeiten, die sich an Standards orientieren wie ‚Regionalbezug‘, ‚Frische‘, ‚Berücksichtigung von Bewohnerwünschen‘ oder ‚biographiebezogen‘ mindestens genauso kostenintensiv wie die Vorhaltung zweier Mahlzeiten.



Frauke Schönberg

*Frauke Schönberg,
Institut für Gerontologie:
Qualität in der Pflege*

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Konferenz »Altengerechte Stadt« am 29. April 2005 CCD-Süd Düsseldorf

Der demografische Wandel ist in aller Munde, doch was bedeutet er für das Leben älterer Menschen vor Ort in Städten und ihren Stadtteilen?

Die Konferenz »Altengerechte Stadt« wird Impulse geben und aufzeigen welche Beteiligungs- und Aktivitätsmöglichkeiten ältere Menschen haben. Dabei werden die Ergebnisse aus dem Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Landeseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e.V. »Altengerechte Stadt« vorgestellt und diskutiert. Das Programm:

Vormittag 10:00 Uhr

Moderation: Barbara Eifert

➤ *Begrüßung:*

Dr. Uta Renn Vors. der LSV NRW e.V.

➤ *Chancen des demografischen Wandels für die Städte:*

Birgit Fischer Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen

➤ *Altengerechte Stadt: Eine Aufgabe für Wohnungsunternehmen?*

im Gespräch mit Burghard Schneider, Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen

➤ *Die Alten von Morgen – Herausforderung für die Politik*

Elisabeth Niejahr ZEIT

➤ *Altengerechte Stadt – Ein zukunftsweisendes Projekt:*

Prof. Dr. Herbert Grymer Universität Wuppertal



In den Workshops des Projektes AgSt wird intensiv gearbeitet und diskutiert.

Nachmittag 13:30 Uhr

➤ *Arbeitsgruppen: Präsentation der Ergebnisse des Projekts AgSt:*

1. Wünsche und Bedarfe an eine Quartiers- und Stadtteilgestaltung
2. Das neue Altenbild und seine Konsequenzen für die Städte
3. Partizipation älterer Menschen in der Stadt – Zwischen Mitwirkung und Selbstorganisation

Die Arbeitsgruppen werden von Hildegard Jaekel, Ruth Hunecke und Egon Backes LSV NRW moderiert.

➤ *Neun Thesen, neun Minuten: Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen.*

➤ *Schlussfolgerungen für die Praxis:*

im Gespräch mit: Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg, Dr. Uta Renn, Vorsitzende der LSV NRW, Peter Fettweis,

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW, Prof. Dr. Herbert Grymer, Universität Wuppertal, Roswitha Sinz, Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen, Thomas Möller, Baugenossenschaft Freie Scholle

Ende 16:15 Uhr

Während der Mittagspause gibt es Gelegenheit zu einem Imbiss und Getränken. Hierfür wird ein Teilnehmerbeitrag (20 €) erhoben.

Anmeldung

Weitere Informationen und Anmeldeunterlagen erhalten Sie beim Büro für angewandte Soziologie e.V. Tel. 0202/242 9839, oder im Internet www.bfas.de & info@bfas.de

Jan Christoph Zimmermann

TAG DER PFLEGENDEN ANGEHÖRIGEN

14. April 2005 im Wissenschaftspark Gelsenkirchen

Pflegerische Angehörige leisten viel und werden bislang wenig gewürdigt. Sie sind oft körperlich und seelisch ausgebrannt. Häufig fehlen Informationen über Entlastungsmöglichkeiten. Die Landesstelle Pflegende Angehörige lädt daher pflegende Angehörige zu einer Tagung am 14. April 2005 ein. Dort werden sich erfolgreiche Projekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten zur Entlastung von pflegenden Angehörigen

präsentieren. Außerdem werden Beratungskonzepte vorgestellt. Pflegende Angehörige haben die Möglichkeit, in verschiedenen Arbeitsgruppen diese Angebote kennen zu lernen. Alle Angebote haben das Ziel, im Verlauf

einer Pflegesituation die Lebensqualität für Angehörige und auch der pflegebedürftigen Menschen zu verbessern. Insbesondere pflegende Angehörige werden mit dieser Veranstaltung angesprochen. Die Teilnahme ist kostenlos. Informationen können bei der Landesstelle Pflegende Angehörige, Tel. 0251 / 27 05 167 erfragt werden. Die Einladung zur Tagung ist auf der Homepage www.pflegende-angehoerige.net abrufbar.



LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Große Landeskonferenz »Qualität in der Pflege«

Das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (MGSFF) und der Landespflegeausschuss Nordrhein-Westfalen luden am 10. Februar zur 3. Großen Landeskonferenz zur Qualitätssicherung in der Pflege nach Dortmund ein. Von der Veranstaltung werden Impulse, Anregungen und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der pflegerischen Infrastruktur, insbesondere für demenziell erkrankte Menschen und deren Angehörige erwartet.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landespflegeausschusses NRW, Pastor Günther Barenhoff, gab Ministerin Birgit Fischer, in ihrem Impulsreferat Hinweise zum Aktionsprogramm »Pflege in NRW«. Mit Hilfe dieses Programms stellt sich die Landesregierung der Aufgabe zur Qualitätssicherung in der Pflege. Dr. Hans-Joachim von Kondratowitz vom Deutschen Zentrum für Altersfragen in Berlin referierte anschließend zum Thema »Entbürokratisierung – mehr als ein Schlagwort bei der Qualitätssicherung in der Pflege« und brachte wichtige Argumente für Instrumente

der Qualitätssicherung ein. Nach einer angeregten und zum Teil kontroversen Diskussion wurde das Leitthema Qualität in der Pflege in vier Arbeitsgruppen vertieft und diskutiert.

Dabei stellte Dr. Rückert vom Kuratorium Deutsche Altershilfe in der **Arbeitsgruppe 1 (AG)** ein Handlungskonzept zur Verbesserung der Situation demenziell erkrankter Pflegebedürftiger und zur Unterstützung der sie pflegenden Angehörigen vor. In der **AG 2** berichtete Gaby Hintzen vom Landesverband der Verbraucherzentrale NRW über den Stand der Entwicklung des Modellprojekts »Persönliche Budgets in der Pflege« im Kreis Unna. Die **AG 3** beschäftigte sich mit dem bundesweit einzigartigen Weg der »Referenzmodelle zur qualitätsgesicherten Weiterentwicklung der stationären Pflege« in 20 Einrichtungen im Land. Hier referierten Marion Menke von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie in Dortmund sowie Dr. Klaus Wingenfeld vom Institut für Pflegewissenschaft, Bielefeld, unter deren Feder-

führung das Modellprojekt im Auftrag des Landespflegeausschuss NRW läuft. Schließlich beschäftigte sich die **AG 4** mit dem Thema der Gewinnung und Sicherung einer ausreichenden Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Dienste und Einrichtungen der Pflege mit den beiden Referenten Harry Fuchs von ver.di und Dr. Frerich Frerichs von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie in Dortmund.

Das einstündige Abschlussplenum mit den sozialpolitischen Sprechern der im Landtag NRW vertretenen Parteien, sicherte damit die Fortsetzung einer guten Tradition in Nordrhein-Westfalen, indem bedeutsame Zukunftsfragen der pflegerischen Versorgung in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern der Organisationen der Betroffenen und den an der Bereitstellung notwendiger Hilfeangebote beteiligten Institutionen und Verbände beraten werden. Zu hoffen bleibt, dass die vorhandenen vorgestellten Erkenntnisse mit politischem Willen in die Praxis umgesetzt werden können. *Dr. Uta Renn*

LSV INFO LSV AKTUELL LSV INFO LSV AKTUELL

Wer sich für seniorenpolitische Belange interessiert, muss über neue Entwicklungen und Diskussionen in diesem Bereich möglichst schnell und präzise informiert sein. Aus diesem Grund sendet der Vorstand in unregelmäßigen Abständen per E-Mail LSV INFO LSV AKTUELL. Seit August 2004 wurden bereits sechs zu folgenden Themen versandt:

- **Nr. 1 August 2004** - Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit in der Sozialversicherung (Wirtschaftlichkeitsstärkungsgesetz WSG-SV).
- **Nr. 2 August 2004** - Position der Landesseniorenvertretung NRW e.V. zur Einrichtung spezieller Seniorenausschüsse.
- **Nr. 3 August 2004** – Position der Landesseniorenvertretung NRW

e.V. zur Einbindung der kommunalen Seniorenvertretungen (SV) in die Gemeindeordnung (GO) des Landes Nordrhein-Westfalen.

- **Nr. 4 September 2004** -Landestelle pflegende Angehörige nimmt die Arbeit auf.
- **Nr. 5 Dezember 2004** – Neue Landesversicherung sichert Ehrenamtliche gegen Unfall- und Haftpflichtschäden
- **Nr. 6 Dezember 2004** – Wohnen für Hilfe – LSV unterstützt Projekte.
- **Nr. 7 Januar 2005** – Alterseinkünfte-Gesetz – Besteuerung der Renten.

Die LSV INFOS können jederzeit per E-Mail bei der Geschäftsstelle in Münster angefordert werden. E-Mail: lsv-nrw@senioren-online.net. Versandt werden die LSV INFOS ausschließlich per E-Mails. Wer sie direkt

zugemailt haben möchte, gebe seine E-Mail-Adresse bei der Geschäftsstelle in Münster an.

Der Vorstand hält es für sehr wichtig, dass die Vertretungen im Lande zusätzlich zu unserer alle drei Monate erscheinenden Zeitung NUN REDEN WIR Hintergrundinformationen und Stellungnahmen erhalten, die für die aktuelle Arbeit unentbehrlich sind.

Regionalversammlungen

Gesucht wird noch eine Seniorenvertretung, bei der die Regionalversammlung (RV) für den Regierungsbezirk (RB) Düsseldorf stattfinden kann. Zusagen liegen vor für den RB Münster in Ascheberg, für den RB Köln in Kerpen. Für Detmold soll die RV eventuell in Bad Salzuflen stattfinden. Für den RB Arnberg hat sich Siegen angeboten.

EHRENAMTLICHE PFLEGEBERATUNG

am Beispiel der Stadt Rheinberg

Beratung in Fragen der Pflege wird von unterschiedlichen Kräften getragen. Zunächst sind die Pflegekassen und in Nordrhein-Westfalen, die Pflegeberatung nach dem Landespflegegesetz (PfG NW § 4) in der Pflicht zu beraten. Hinzu kommen viele ehrenamtliche Beraterinnen und Berater. Alle Beteiligten zusammen bilden ein sich ergänzendes Netz von Pflegeberatungsangeboten. Was eine außergewöhnliche ehrenamtliche Beratung leisten kann, zeigt uns das Beispiel von Heinz Kiel aus Rheinberg:

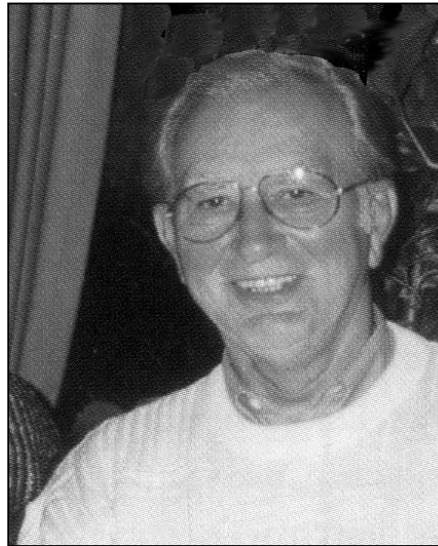
Heinz Kiel ist dort bereits seit sechs Jahren als »Modellprojekt« des Landes im Einsatz. Bevor er mit seiner Arbeit begann, war er von der Kreisbehörde in Wesel für diese ehrenamtliche Arbeit ausgebildet worden. Vor dem Ruhestand war Heinz Kiel als Leitender Sicherheitsingenieur tätig, so dass er viel Erfahrung hat im Umgang mit Gesetzen, Verordnungen, Krankenanstalten und Menschen, die durch Krankheit, Unfall oder betriebliche Umwelteinflüsse geschädigt wurden oder zu Tode kamen. Gute Voraussetzungen also, um eine ehrenamtliche Pflegeberatung mit Kompetenz aufzubauen und zu leiten.

Rheinberg ist eine Stadt mit rund 32000 Einwohnern, davon sind rund 7000 über 60 Jahre. Rat und Verwaltung bestellten 1995 Heinz Kiel zum Vorsitzenden des Seniorenbeirates. Er richtete zusätzlich ein Seniorenbüro ein.

Aus dieser Position heraus begannen die ehrenamtlichen Beratungen. Mittlerweile sind es 60 pro Jahr, allerdings nur rein pflegerische Probleme und Beratungen. Alle übrigen altersrelevanten Themen werden von Heinz Kiel »so nebenbei« erledigt.

»Die betroffenen Menschen fragen nicht nach Tageszeit, Sonn- oder Feiertag. Wenn der Beratungsbedarf vorhanden ist, dann muss eben geholfen werden«, berichtet Kiel.

Ein weiteres Problem hat er ebenfalls mit viel Engagement in den Griff bekommen: Rheinberg ist eine Stadt mit



Heinz Kiel

vier Gemeinden, die flächenmäßig weit auseinander gezogen sind. Alte oder Kranke würden kaum den Weg in die Stadt finden. Deshalb wurden in den Gemeinden insgesamt acht Meldestellen in Seniorentreffs eingerichtet. Dort werden die Anschriften betroffener älterer Menschen erfasst und die Informationen Heinz Kiel zugeleitet. »Darüber hinaus haben alle Bürger selbstverständlich die Möglichkeit, mit mir direkt privat zu telefonieren«, sagt Heinz Kiel. Eine Nachricht kann auf dem Anrufbeantworter hinterlassen werden, erreichbar ist der ehrenamtliche Pflegeberater auch jederzeit über Mobiltelefon.

Termine werden umgehend vereinbart, und überwiegend finden die Beratungen in den Wohnungen der Betroffenen statt. Dabei bleibt es nicht nur bei der formellen Information. Heinz Kiel hilft bei der Erledigung aller Formalitäten bis zur Haushaltsauflösung. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Heimunterbringung, Kurzzeitpflege, Leistungsantrag, Einstufung in einer Pflegestufe, Heimverträge, Beratung in der ambulanten Pflege in Betreuungsfällen und vieles mehr.

»Jeder Fall ist individuell zu sehen, es gibt keine zwei gleichen Fälle«, berichtet Kiel aus seinen Erfahrungen. Wobei das Problem der an Demenz erkrankten Menschen in der Beratung einen breiten Raum einnimmt.

Heinz Kiel hat bei der Stadt einen Antrag gestellt, ein Grundstück bereit zu stellen, auf dem 15 Wohneinheiten für betreutes Wohnen alleinstehender, Demenz erkrankter Menschen geschaffen werden könnten. »Aber ohne Sponsoren geht eben nichts«, bedauert Kiel die finanziell schwierige Situation. Die Bettenkapazität mit rund 400 Pflegebetten ist in Rheinberg fast immer erschöpft, da auch viele Pflegebedürftige aus der Umgebung aufgenommen werden.

Bei soviel Kompetenz und Engagement bleibt es nicht aus, dass diese ehrenamtliche Beratungsqualität über Stadtgrenzen hinaus bekannt geworden ist und auch in Anspruch genommen wird.

Heinz Kiel bleibt bei allem Engagement bescheiden »Was gut ist, kann auch noch besser werden. Darum werde ich bemühen. Aber er sagt auch: »Ältere Menschen müssen durch rechtzeitigen, altengerechten Umbau ihrer Wohnung Vorsorge leisten, um sich auf ein betreutes Wohnen in der eigenen Wohnung einstellen zu können.« Dafür sei allerdings eine entsprechende Infrastruktur notwendig, für die eine Kommune verantwortlich sei. »Wenn die eigene Wohnung Lebensmittelpunkt bleibt, werden auch mehr Menschen in Würde sterben können.«

Mit Heinz Kiel sprach Elke Seul

ERFTSTADT

Befragung älterer Mitbürger

Der Seniorenbeirat der Stadt Erftstadt hat im vergangenen Jahr eine umfangreiche Befragung älterer Mitbürger durchgeführt. Sie umfasst alle Lebensbereiche der Älteren, angefangen vom Straßenverkehr über soziale Einbindung oder Mitgliedschaft in einem Verein.

Die Vorsitzende des Seniorenbeirates Inka Welp wird für die nächste Ausgabe von NUN REDEN WIR eine ausführliche Auswertung vorlegen.

Übersicht – kurz und knapp

Der Bundestag hat am 29. April 2004 das Alterseinkünfte-Gesetz beschlossen. (Gesetz zur Neuordnung der einkommenssteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen).

Ausgangspunkt: war ein Urteil vom 6. März 2002 des Bundesverfassungsgerichtes zur Beseitigung der unterschiedlichen Besteuerung von Pensionen und Renten.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes wurde ab 1. Januar 2005 die nachgelagerte Besteuerung aller Alterseinkünfte eingeführt. Gleichzeitig wurde die Altersvorsorge steuerrechtlich neugestaltet.

Ein sofortiger Systemwechsel ist nicht möglich. Er würde die öffentlichen Haushalte überfordern.

Deshalb erfolgt schrittweise der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung in einem Zeitraum von 35 Jahren bis 2040.

Die Besteuerung der Renten hat am 1. Januar 2005 begonnen. Alle Renten, auch die Bestandsrenten, werden zu 50 Prozent besteuert.

Der Besteuerungsanteil steigt ab 2006 jährlich um zwei Prozent und erreicht in 2020 80 Prozent

Die Steigerung des Besteuerungsanteils verlangsamt sich ab 2020 und steigt dann jährlich um ein Prozent und erreicht im Jahre 2040 100 Prozent. Renten und Beamtenpensionen werden dann steuerlich gleichbehandelt.

Der sich nach den Prozentsätzen ergebende steuerfrei bleibende Teil der Jahresbruttorente wird für jeden Jahrgang als Festbetrag fixiert und gilt auf Dauer.

Die Besteuerung erfolgt abzüglich des Werbungskosten-Pauschbetrages und der persönlichen Steuerfreibeträge. Bei der Besteuerung werden Einkünfte aus Miete, Verpachtung und Kapital mit angerechnet.

Mehr als drei Viertel der Rentenbezieherinnen und -bezieher werden von

der Gesetzesänderung nicht betroffen. Steuerfrei bleiben Bestandsrenten und Neuzugänge in 2005 bei bis zu:

- **18.900 € jährlich für Alleinstehende, 37.800 € für Verheiratete (das Doppelte)**
- **1.575 € monatlich für Alleinstehende,**
- **3.150 € für Verheiratete.**
- **Die Steuerfreiheit zur privaten Altersvorsorge beträgt ab 2005 innerhalb eines bestimmten Rahmens von 20.000 € sechzig Prozent der Vorsorgeaufwendungen.**

Dieser Prozentsatz steigt im Laufe der Jahre jeweils um zwei Prozentpunkte an. Im Jahre 2025 können die Beiträge zu 100 Prozent abgesetzt werden.

Erläuterungen

Der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung der Renten bedeutet, die Altersvorsorgebeiträge werden zunehmend stärker steuerlich entlastet. Die sich aus den Vorsorgebeiträgen ergebenden Renten werden in gleichem Maße stärker besteuert. Die Vorsorgeaufwendungen bleiben steuerfrei. Die Besteuerung erfolgt also erst wenn die Renten gezahlt werden. Beim Übergang zur nachgelagerten Besteuerung ist eine doppelte Besteuerung ausgeschlossen.

Nach bisher geltendem Recht sind Renten aus der Rentenversicherung von je her grundsätzlich steuerpflichtig gewesen. Sie wurden jedoch nur mit dem Ertragsanteil veranlagt. Dieser bemisst sich nach dem bei Beginn der Rente vollendeten Lebensjahr entsprechend der dafür vorgesehenen amtlichen Tabelle.

Beginnt die Rente beispielsweise

- bei Vollendung des 60. Lebensjahres, so beträgt der steuerpflichtige Ertragsanteil 32 Prozent der gezahlten Rente.
- Läuft die Rente ab dem 65. Lebensjahr, liegt der Ertragsanteil bei 27 Prozent,
- bei einem Beginn zum 70. Lebensjahr bei 21 Prozent.

Allerdings wurden bisher nur die Renten erfasst, nicht jedoch auch andere Einkünfte.

Die Sozialversicherungsrenten sind künftig von der Ertragsanteilbesteuerung ausgenommen. Für sie gilt die nachgelagerte Besteuerung. Die Ertragsanteilbesteuerung findet auf niedrigerem Niveau als bisher weiterhin Anwendung in den Fällen, in denen verrentetes Kapital vollständig aus versteuertem Einkommen gebildet wurde.

Wichtig!!!

Um die Besteuerung der Renten sicher zu stellen, müssen Rentenversicherungsträger und Lebensversicherungsunternehmen jährlich Mitteilungen über Rentenbezüge an eine zentrale Stelle der Finanzverwaltung machen. Die Ergebnisse der Mitteilungen werden an die zuständigen Finanzämter weitergeleitet.

Wer auch nach altem Recht eine Einkommenssteuererklärung hätte abgeben müssen und dies nicht getan hat, für den besteht nach geltendem Recht die Möglichkeit bei einer Steuerverkürzung oder Hinterziehung eine Selbstanzeige abzugeben. Straf- oder Bußgelder entfallen dann. Nicht gezahlte Steuern sind nach zu entrichten. Bis zum 31. März 2005 besteht außerdem die Möglichkeit, nach dem Strafbefreiungserklärungsgesetz steuerlich zu werden. Im Einzelfall kann die strafbefreiende Erklärung günstiger sein als eine Selbstanzeige. Neben der Straf- oder Bußgeldfreiheit ist an Stelle der individuellen Steuer nur eine pauschale Steuer zu zahlen.

Abklärungen zur Steuerpflicht sollten mit einem Steuerberater, Lohnsteuerhilfeverein oder dem Finanzamt getroffen werden.

Bewertung

Grundsätzlich ist der Umstellung auf eine nachgelagerte Besteuerung der Renten zuzustimmen.

Die Rentnerinnen und Rentner werden in der Gesamtwirkung der auf dem Gebiet der Rentenpolitik (unter ande-

rem Aussetzung der Rentenanpassung im Jahr 2004) verordneten Einschnitte damit über mehrere Jahre sogar von der Inflationsanpassung ausgeschlossen. Das ist sozialpolitisch inakzeptabel, belastend für die Binnennachfrage und zudem verfassungsrechtlich hoch problematisch.

Ein Teil der Rentnerinnen und Rentner wird höhere Steuern zahlen müssen.

Die Rentenbezieherinnen und -bezieher werden aufgrund der Belastung durch die volle Beitragsbelastung für die Pflegeversicherung im Jahr 2004 erstmals seit 1956 mit einer Minderung ihrer monatlichen Rentenzahlungen rechnen müssen.

Einen Standardrentner (45 Beitragsjahre mit Durchschnittsverdienst) belastet die vollständige Tragung des

Pflegeversicherungsbeitrags mit rund zehn Euro monatlich oder 0,85 Prozent der Rente.

Rentenansprüche sind Eigentumsansprüche. Sie müssten nach dem Grundgesetz den gleichen Schutz genießen wie andere Eigentumsansprüche, wie Kapital und Grundbesitz.

Egon Backes

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

»Wohnen für Hilfe« – LSV unterstützt Projekte

Beim Projektkonzept »Wohnen für Hilfe« ergänzen sich Interessen über Generationen hinweg und deshalb unterstützen wir besonders diese Konzepte«, so die Vorsitzende der LSV NRW Dr. Uta Renn.

Was steht hinter dieser Wohnidee mit Chancen für alle, die sich beteiligen?

Für viele ältere Menschen trifft heute zu, dass sie Wohnraum zur Verfügung haben, den sie manches Mal nicht mehr vollständig nutzen. Zudem erfordert eine große Wohnung oder ein Haus Arbeit. Die dafür notwendige Zeit und Kraft möchten viele ältere Menschen oft anderweitig nutzen. Dennoch wollen sie, wenn sie schon lange Zeit in der gewohnten Umgebung leben meistens gerne dort bleiben und haben kein Interesse in eine kleinere, pflegeleichte Wohnung umzuziehen. Kurzum: Etwas Hilfe und auch Gesellschaft würde den angestrebten Verbleib in gewohnter Umgebung erleichtern – dies wird auch durch Studien belegt.

Für junge Menschen – gerade in den Universitätsstädten – ist es mit Beginn eines neuen Semesters oft

schwierig preiswerten Wohnraum und auch einen Studentenjob zu finden. Was kann man tun? Beide Interessen zusammenbringen und eine Wohnung für Hilfe teilen.

Eine Chance: »Wohnen für Hilfe«

Seit den neunziger Jahren sind in verschiedenen europäischen Ländern Projekte »Wohnen für Hilfe« (englisch als »Homeshare« bezeichnet) entstanden. Ziel der Projekte war und ist es, ältere und jüngere Menschen zusammenzubringen, um für beide einen »Gewinn« daraus zu ziehen. Wie kann das beim Wohnen praktisch funktionieren?

Wenn ein älterer Mensch eine große Wohnung oder ein Haus auch dann weiter bewohnen möchte, wenn es arbeitsintensiv und/oder leer geworden ist, dann kann er einem jüngeren Menschen davon Wohnraum anbieten und dafür Hilfeleistungen bei den täglichen Arbeiten erhalten. Das ist die Grundidee von Projekten »Wohnen für Hilfe«.

Um beide interessierte Gruppen beziehungsweise Menschen zusammenzubringen, bedarf es einer koordinieren-

den Stelle, die gut berät, kompetent und vertrauenswürdig ist, um die jeweils richtigen jungen und älteren Menschen zusammenzubringen.

Finanzierung und Anbindung:

Bei der Umsetzung eines Projekts »Wohnen für Hilfe« in einer Stadt, ist eine koordinierende Stelle notwendig. Die Finanzierung und Anbindung einer solchen Stelle kann unterschiedlich sein und hängt von den Bedingungen und Möglichkeiten vor Ort ab. In Köln unterstützt die LSV NRW derzeit ein Projekt »Wohnen für Hilfe«, zu dessen Koordinierung Fördermittel des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW beantragt sind. In anderen Städten NRW, wie zum Beispiel in Aachen und Münster, sind bereits Projekte in der Planung.

Wer mehr erfahren möchte, wendet sich an:

Dr. Uta Renn, Vorsitzende der LSV NRW, (02 21) 8 90 17 11 oder

Werner Baatz, Mitglied der Seniorenvertretung in Köln (0 22 03) 2 69 48.

Barbara Eifert

MOBILITÄT ÄLTERER MENSCHEN IM STRASSENVERKEHR

Die Fahrtüchtigkeit älterer Menschen beschäftigte den 43. Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) betont in diesem Zusammenhang, dass ältere Autofahrer nicht als besondere Problemgruppe anzusehen seien. Im Gegenteil: Sie seien weniger als andere Altersgruppen an Un-

fällen mit Personenschäden beteiligt. Die Fahruntüchtigkeit müsse deshalb unabhängig vom Alter im Einzelfall geprüft werden. Eine Beschränkung der Fahrerlaubnis, die an das Alter anknüpft, sei sachlich nicht gerechtfertigt und verstoße gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip.

Wegen ihrer Bedeutung für eine selbständige Lebensführung müsse die

Mobilität älterer Menschen so lange wie möglich erhalten werden.

Die BAGSO unterstützt aber den von der Veranstaltung ausgehenden Appell an Ärzte, Angehörige und Freunde, auf Menschen Einfluss zu nehmen, die durch Krankheit oder Einschränkungen Schwierigkeiten beim Autofahren hätten.

PORTA WESTFALICA

Großes Engagement für Neuwahl

Auf das Einladungsschreiben des Bürgermeisters Stephan Böhme zur konstituierenden Sitzung des neugewählten Seniorenbeirates erschienen nicht nur die neugewählten Mitglieder, deren Vertreter und die gewählten Mitglieder aus der Politik, sondern auch zahlreiche Gäste.

Der Bürgermeister war vom Interesse, dass diesem Gremium entgegengebracht wird, angenehm überrascht. Er betonte noch einmal, wie wichtig auch in Porta Westfalica das Engagement der Seniorinnen und Senioren ist. Der vor elf Jahren gegründete Seniorenbeirat vertritt die Älteren und Schwerbehinderten in Porta Westfalica.

Im Dezember letzten Jahres begannen die Neuwahlen mit der Meldung von Delegierten aus allen Seniorenclubs von Porta Westfalica. Ende Januar kamen dann die 45 gewählten Delegierten im Versammlungsraum der Feuerwache Hausberge zusammen und wählten unter Leitung des Bürgermeisters Stephan Böhme aus ihrer Mitte acht Mitglieder des Seniorenbeirates und acht Stellvertreter.

Dies sind für

Hausberge/Holzhausen: Annemarie Petereit (Vertreter: Heinz Böhme)

Costedt, Vennebeck, Holtrup und Möllbergen Helmer Hinrichs

Eisbergen, Veltheim, Lohfeld Toni Wehage (Vertreter Günter Schilling)

Barkhausen Marianne Domke (Vertreterin Charlotte Vette-Revink)

Neesen, Lerbeck, Nammen Karin Raulwing (Vertreterin Ruth Mielke)

Kleinenbremen, Wülpe Lilo Heine (Vertreterin Gerda Moll)

freier Stadtteil Irmingard Rachfall (Vertreter Heinrich Vauth)

freier Stadtteil Renate Meier (Vertreter Herbert Kaleth)

Gleichzeitig wählten die Bewohner der drei heimischen Seniorenheime (Sozialkonzept Sophienhof, Seniorenresidenz Weserbergland und das Altenheim Sankt Laurentius) aus ihrer Mitte Hermann Heine als Vertreter der Heimbeiräte in den Seniorenbeirat und Anne Storm als Vertreterin.

Aus der Mitte der gewählten Vertreter der Seniorenclubs und dem gewählten Vertreter der Heimbeiräte wurde Lilo Heine als Vorsitzende des Seniorenbeirates gewählt, die auch schon in der letzten Amtszeit den Vorsitz hatte. Ihre Stellvertreterin wurde Irmingard Rachfall.

Lilo Heine bedankte sich für das Vertrauen, das ihr ausgesprochen worden ist und vereinbarte gleich die nächste Sitzung des Seniorenbeirates, da dringende Themen auf der Tagesordnung stehen.

RHEDE

Grünes Licht für Seniorenbeirat

Der Rat der Stadt Rhede hat den Beschluss gefasst, einen Seniorenbeirat in Rhede einzurichten. Satzung und Wahlordnung sowie Geschäftsordnung wurden zur Kenntnis genommen. Damit hat der Seniorenbeirat grünes Licht für seine Arbeit.

Der künftige Seniorenbeirat besteht aus sieben Mitgliedern mit je zwei persönlichen Stellvertretern/innen. Die Mitglieder sowie Stellvertreter/innen werden auf einer Delegiertenversammlung aus dessen Mitte gewählt. Dazu sind alle in der örtlichen Seniorenarbeit tätigen Vereine, Verbände und Gruppen angeschrieben worden, Delegierte für die Delegiertenversammlung sowie konkrete Wahlkandidaten/innen für den Seniorenbeirat zu benennen.

Aber auch nichtorganisierte einzelne Senioren und Seniorinnen können Delegierte für die Delegiertenversammlung sowie Wahlkandidaten/innen für den Seniorenbeirat sein. Sie müssen zehn Unterschriften für eine Delegation oder Kandidatur beibringen.

Informationen über den künftigen Seniorenbeirat sowie die Vorschlagslisten für die Benennung nichtorganisierter Delegierter beziehungsweise Kandidaten/innen können ab sofort bei der Stadt Rhede – Fachbereich 20, Bernhard Böing, Zimmer 138 – abgeholt werden oder werden auf Anfrage per Post zugesandt.

Delegierter kann werden, wer 60 Jahre und älter ist (aktives Wahlrecht). Wahlkandidat/in kann werden, wer 60 Jahre und älter oder in der örtlichen Seniorenarbeit tätig ist. (Passives Wahlrecht). Sie oder er müssen in Rhede wohnhaft sein.

Die Wahl des Seniorenbeirates durch die Delegiertenversammlung findet am Dienstag, 15. März, 17 Uhr im Rathaus der Stadt Rhede statt.

Die konstituierende Sitzung ist für den 5. April 2005, 17 Uhr, ebenfalls im Rathaus der Stadt Rhede vorgesehen.



Die Mitglieder des Seniorenbeirates von Porta Westfalica



Die Mitglieder des Seniorenbeirates von Gütersloh nehmen mit viel Engagement ihre Arbeit auf.

Aufgaben und Ziele

Im Rat der Stadt Gütersloh wurde im Jahre 1994 die Bildung eines Seniorenbeirates mehrheitlich beschlossen. Kurz und sachlich wurden in einer Satzung die Aufgaben wie folgt beschrieben: »Der Seniorenbeirat nimmt Interessen wahr, die ältere Bürgerinnen und Bürger besonders betreffen. Er ist berechtigt, Empfehlungen an den Rat, die Ausschüsse oder die Bürgermeisterin zu richten.«

Der Seniorenbeirat hatte in der Wahlperiode 1999 bis 2004 insgesamt 19 Mitglieder, von denen in einer Urwahl sieben Mitglieder von den Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt direkt gewählt wurden. Je ein Mitglied wurde von den fünf Gütersloher Wohlfahrtsverbänden benannt sowie ein Mitglied vom Ausländerbeirat. Die im Rat vertretenen Fraktionen benannten gleichfalls je ein Mitglied.

Die Beteiligung an der Direktwahl lag in den Jahren 1995 und 1999 deutlich über 30 Prozent (1999 sogar bei 37 Prozent) – und dies ohne jegliche Wahlwerbung. Es zeigt das Engagement und die Teilnahme unserer älteren Menschen an der kommunalpolitischen Arbeit und diesem kommunalen Gremium. Für die sieben direkt ge-

wählten Mitglieder des Seniorenbeirates war es zugleich Anerkennung der geleisteten Arbeit und Ansporn.

Bisherige Schwerpunkte?

Nach der konstituierenden Sitzung des im Herbst 1999 zum zweiten Mal gewählten Seniorenbeirates formulierte der vom Beirat neu gewählte Vorsitzende Wilhelm Krümpelmann im Januar 2000 die wichtigsten Aufgaben und Ziele mit drei Schwerpunkten:

1. Kontinuität in der geleisteten Arbeit des 1. Gütersloher Seniorenbeirates 1995-99
2. Intensivierung der Kontakte zu den freien Wohlfahrtsverbänden, den Alters- und Pflegeheimen und den Seniorenvereinen in unserer Stadt
3. Mit Arbeitsgruppen organisatorisch neue Akzente setzen.

Zu 1.: Das im Jahre 1998 begonnene Projekt Schulbusbegleitung »Senioren aktiv – für ein freundliches Klima im Schulbus« sollte gemeinsam mit den Stadtwerken und den weiterführenden Schulen in unserer Stadt fortgesetzt werden. Bereits im April 2000 wurde die Schulbusbegleitung im NRW-Landeswettbewerb »Kinder machen mit – für eine kinderfreundliche

Verkehrswelt« des Verkehrsministeriums in Düsseldorf mit dem Sonderpreis des Ministerpräsidenten ausgezeichnet. Auf dem Deutschen Seniorentag im Juli 2000 in Nürnberg bekam das Projekt den zweiten Preis im Wettbewerb »Solidarität der Generationen«. Die Jury des Wettbewerbs beurteilte das Projekt mit den Worten »Senioren begleiten Schulbusfahrten, um Gewalt und Vandalismus zu vermeiden und Spannungen abzubauen« und bezeichnete die Schulbusbegleitung als »wohl originellstes und zugleich wagemutigstes Projekt des Wettbewerbs« sowie als »absolutes Neuland ehrenamtlichen Engagements«. Es hieß weiter in der Laudatio: »Alte Haudegen haben keine Chance. Schließlich möchten die Begleiter eine Brücke schaffen zwischen den Generationen, indem sie die Spannungen in den vollen Schulbussen durch Gespräche entschärfen helfen«.

Noch ein weiteres Projekt sei hier angemerkt: Vom ersten Gütersloher Seniorenbeirat wurde 1998 ein Fotowettbewerb für Senioren unter dem Titel »So leben Senioren in ...« für Gütersloh und die Partnerstädte Chateauroux, Falun, Broxtowe und Grudziadz ausgeschrieben. Eine Fotoaus-

stellung konnte auf der GÜWA 1999 und anschließend in der Stadtbibliothek sowie in den Folgejahren in drei Partnerstädten präsentiert werden.

Zu 2.: Um den Kontakt zu den Gütersloher Alters- und Pflegeheimen zu verstärken, hat der Seniorenbeirat mit seinen Sitzungen nahezu alle Heime in unserer Stadt besucht. Eine Diskussionsstunde mit den Heimbewohnern und deren Angehörigen im Katharina-Luther-Haus im September 2003 vermittelte allen anwesenden Mitgliedern des Seniorenbeirates die unmittelbaren Eindrücke von der Betreuung der pflegebedürftigen älteren Menschen. Ein Mitglied des Seniorenbeirates arbeitet seit etwa drei Jahren als Heimförsprecherin im Katharina-Luther-Haus aktiv mit.

In Kooperation mit der StadtStiftung Gütersloh wird seit 1997 immer im November ein »Nachmittag für Pflegenden Angehörige« mit einem Fachvortrag und einem Unterhaltungsprogramm in der Stadthalle veranstaltet.

Zu 3.: Neue Akzente in der Arbeit des Seniorenbeirates wurden mit der Bildung von zunächst drei Arbeitsgruppen gesetzt:

- **Arbeitsgruppe Soziale Belange**
- **Arbeitsgruppe Verkehr und Sicherheit**
- **Arbeitsgruppe Neue Projekte und Öffentlichkeitsarbeit**
- **Die Arbeitsgruppe Verkehr und Sicherheit**

arbeitet in der Gewaltprävention eng mit dem Kommissariat Vorbeugung der Kreispolizeibehörde Gütersloh zusammen. Immer wieder finden Seminare für unsere älteren Menschen statt, um die Selbstsicherheit und das Selbstbewusstsein zu festigen. Für die älteren Autofahrer fanden gut besuchte Seminare statt, um Wissen zu aktualisieren und damit Sicherheit im Straßenverkehr zu vermitteln. Dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), das heißt den Buslinien in Gütersloh und in der Region, galt von Beginn an das besondere Interesse des Seniorenbeirates. Mit gezielten Radtouren überprüft die Arbeitsgruppe zugleich die Radwege und die Bushaltestellen in unserer Stadt, wobei auch die Ortsteile berücksichtigt werden.

Die Arbeitsgruppe Soziales hat im März 2004 nach Erscheinen des Familienberichtes des Kreises Gütersloh im Gütersloher Familienforum die Diskussionsgruppe Seniorinnen und Senioren vorbereitet und moderiert. Mit der Wanderausstellung »Neue Wohnformen im Alter« des Bundesfamilienministeriums im Juni 2001 in der Stadtbibliothek und begleitenden Fachreferaten sowie der Bildung einer speziellen Arbeitsgruppe zu dieser Thematik wurden deutliche Akzente gesetzt, unter anderem mit Empfehlungen für Altenwohnungen an den Sozialausschuss des Rates und der Broschüre »Wohnen im Alter in Gütersloh«.

Die Arbeitsgruppe Neue Projekte und Öffentlichkeitsarbeit legte Broschüren zu den Themen »Alter in Gütersloh« und »Senioren in Bewegung 1999 - 2001« vor. Neben der demografischen Entwicklung und dem gesellschaftlichen Wandel stand mit dem Thema »Gesund Altern« die Prävention, insbesondere Bewegung und Sport für Ältere, aber auch die Weiterbildung, in dieser Arbeitsgruppe im Vordergrund. Deshalb wurde im Juni 2004 die zweite Broschüre »Senioren in Bewegung 2001 bis 2004« veröffentlicht - diesmal mit einem Vortrag von Professor Dr. Ursula Lehr vom Institut für Gerontologie, Heidelberg, zum Thema »Bewegt altern« und wieder mit einigen einschlägigen Senioren-Beiträgen aus GT-INFO, dem Gütersloher Stadtmagazin.

Im November 2004 wurden in einer Urwahl die neuen Mitglieder des Seniorenbeirates für die Wahlperiode 2004 bis 2009 gewählt. Hinzu kamen wieder die Delegierten der fünf Wohlfahrts-Verbände, ein Delegierter des Rates für Integration und vier Delegierte der Ratsfraktionen.

Auf der konstituierenden Sitzung am 13. Januar 2005 wurde der bisherige Vorsitzende des Seniorenbeirates, Wilhelm Krümpelmann, in dieser Funktion wieder gewählt.

Der neue Seniorenbeirat wird sich wieder um Kontinuität bemühen und zugleich neue Akzente und Schwerpunkte setzen.

Wilhelm Krümpelmann

»Soziale Balance stimmt nicht mehr«

Empfang des VdK-Landesverbandes in Düsseldorf

Viele Gäste aus Politik und Sozialbereich hatten die Einladung des VdK Nordrhein-Westfalen in die Düsseldorfer Rheinterassen angenommen. Wenn auch vielleicht der Eine oder Andere der Gäste den nicht selten fordernden Ton in Richtung Politik vermisste, so machte der Präsident des Sozialverbandes VdK Deutschland, Minister a.D., Walter Hirrlinger, keinen Hehl aus einigen Ungereimtheiten in den sozialen Reformen der vergangenen Monate. Man habe sich von dem Grundsatz verabschiedet, dass allen Menschen unabhängig von Krankheit und Einkommen die notwendigen medizinischen Leistungen zustehen. Vor allen seien Heimbewohner hart betroffen, die sich aus ihrem Taschengeld viele Arzneimittel nicht mehr leisten könnten. Hier stimme die soziale Balance nicht mehr und deshalb müsse hier dringend umgesteuert werden, sagte Walter Hirrlinger. Ganz konkret forderte Hirrlinger bei den zuständigen Stellen eine gezielte Osteoporose-Vorsorge einzuführen. Man könne Millionen Euro jährlich sparen, wenn eine Vorsorge unter Einbeziehung der DXA-Messung statt fände.

Nur wenn die Gesundheitsvorsorge ausgebaut, Prävention und Rehabilitation einen anderen Stellenwert bekämen, spreche alles dafür, dass die Menschen länger gesund bleiben und sogar Kosten gespart werden könnten.

»Wir sind alle bereit, unseren Teil dazu beizutragen, dass dieser Staat Bestand haben kann.« In der Gesundheitspolitik habe man nur einseitig Opfer verteilt auf die chronisch kranken, behinderten und älteren Menschen. Und Politiker, die den Generationenkonflikt in die Diskussion bringen, bauen damit einen Popanz auf. Denn dieser Generationenkonflikt werde nur herbeigeredet. Es gäbe ihn in Wirklichkeit gar nicht.

Elke Seul

PFLEGEN UND GESUND BLEIBEN

Gespräch mit Projektleiter Günther Pauli vom Institut für Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF)

Viele Altenpflegerinnen und Altenpfleger haben sich mit großem Idealismus für diesen Beruf ausbilden lassen. Ein Beruf mit hoher Relevanz angesichts der pflegebedürftigen Menschen in der Gesellschaft. Mit einer qualifizierten Pflegeleistung wollen die Altenpfleger und Altenpflegerinnen den Bewohnern in Pflegeeinrichtungen ebenso wie in der ambulanten Pflege einen würdevollen Lebensabend bereiten.

Mittlerweile sieht die Realität anders aus. Das Berufsbild hat sich in vielen Bereichen geändert. Folge: Viele Altenpflegerinnen und Altenpfleger schaffen es körperlich nicht mehr, sie leiden unter Stress, sie fühlen sich ausgebrannt und werden krank.

Das Institut für Betriebliche Gesundheitsförderung BGF GmbH, Köln, ein Tochterunternehmen der AOK Rheinland, hat im Kreis Aachen innerhalb eines auf zwei Jahre angelegten Projektes analysiert, warum so viele Pflegerinnen im mittleren Alter psychisch erkranken und langfristig ausfallen. Die Redaktion von NUN REDEN WIR hat sich mit dem Projektleiter des BGF, **Günther Pauli**, über Analysen und Präventionsmöglichkeiten unterhalten.

? *Herr Pauli, wie sind Sie an die Pflegeheime heran gekommen. Nicht jedes Haus ist bereit, seine Krankendaten und deren eventuelle Ursachen offen zu legen?*

Antwort: Wir haben 28 Altenheime zu einer Informationsveranstaltung eingeladen und anschließend besucht, um einrichtungsspezifische Ansätze herauszufinden. In fünf Einrichtungen erfolgte eine intensivere Begleitung.

? *Wie sind Sie dann weiter vorgegangen?*

Antwort: Wir haben uns erst einmal die Krankenstandsdaten eines einzelnen Hauses angeschaut. Die Pflegebranche hat insgesamt die meisten

Krankmeldungen. Es handelt sich dabei meist um Muskel- und Skeletterkrankungen und psychische Erschöpfung.

? *Wie kommt es zu der Vielzahl dieser Erkrankungen?*

Antwort: Zeitdruck und stärkere Arbeitsbelastung sind meist die Ursachen. Zum Einen steigt die Zahl der Pflegebedürftigen. Zum Anderen kommen bürokratische Belastungen in Form von Dokumentationen dazu, die zeitnah zur Pflege von den Altenpflegerinnen und Altenpflegern erbracht werden müssen.

? *Wer fordert diese Dokumentationen von den Pflegeheimen?*

Antwort: Sie werden von den Pflegekassen gewünscht und dienen der Abrechnung der erbrachten Leistung. Das heißt im Klartext: Werden die Leistungen nicht oder nur unzureichend dokumentiert, gibt es kein Geld. Das kann sich natürlich keine Pflegeeinrichtung leisten.

? *Das allein kann aber nicht der Grund für den hohen Krankheitsstand sein?*

Antwort: Nein, das ist es auch nicht. Zumal in diesem Bereich zwischen Medizinischem Dienst (MDK), Pflegekassen und Pflegeheimen Bestrebungen laufen, durch intensive Schulungen und auch Änderungen in der Dokumentation die Arbeit zu erleichtern.

? *Welche weiteren Hilfen bietet die BGF noch an?*

Antwort: Wir befragen zum Beispiel die Mitarbeiter – selbstverständlich anonym – zur Arbeitssituation und Arbeitszufriedenheit. Zunächst muss erst einmal ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Ganz entscheidend ist, dass kein einzelner Mitarbeiter oder Mitarbeiterin bloß gestellt wird.

? *Wie geht es dann weiter mit Ihrer Arbeit in der Pflegeeinrichtung?*

Antwort: Meist ist es so, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich einmal ihre Probleme und Sorgen von der Seele reden wollen. Wir bilden dann Arbeitsgruppen und Qualitätszirkel, in denen Probleme, die bei der Arbeit belastend sind, zur Sprache kommen. Allerdings mit dem Ziel, auch ganz konkret Lösungen vorzuschlagen. Oft sind es ganz praktische Dinge, die die Arbeit in einem Pflegeheim erleichtern: Bessere Hebehilfen, intakte Technik an den Krankenbetten, oder Lob und Anerkennung.

? *Sorgen von der Seele reden? Sind die Leiter der Einrichtungen bei diesen Gesprächen dabei?*

Antwort: Nein. Unser Institut bietet geschulte Kommunikationstrainer und Moderatoren an, die ganz systematisch und vertrauensvoll die jeweiligen Situationen aufarbeiten.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass jede Form von Gemeinschaftskommunikation ganz wichtig für ein gutes Klima in einer Pflegeeinrichtung ist.

? *Wie reagieren Heimleitungen auf solche „Eingriffe“ von außen oder auch „Kritik“ von innen?*

Antwort: Wir haben bis jetzt gute Erfahrungen gemacht. Allerdings: Wie ein Projekt läuft, steht und fällt auch mit dem Engagement der Führung und der Mitarbeiter.

? *Letzte Frage: Wer übernimmt die Kosten für ein solches Projekt?*

Antwort: Das ist sehr unterschiedlich. Bei dem Pilotprojekt im Kreis Aachen gab es einen Vorstandsbeschluss, die Kosten zu tragen. In den weiteren Projekten wird die AOK Rheinland die Kosten für ihre Versicherten übernehmen. Den anderen Teil müssen die Einrichtungen selbst beisteuern.

Das Gespräch führte Elke Seul.

MITGLIEDER DER LAGSO STELLEN SICH VOR

Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) Engagement für die Mitbestimmung der Älteren

Der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) im Deutschen Beamtenbund ist in allen Bundesländern vertreten. Der BRH Landesverband NRW besteht seit über 50 Jahren. Er wurde nach dem Kriege als Notgemeinschaft für Ruheständler, Hinterbliebene und verdrängte Beamte gegründet.

Satzungsrechtliche Aufgabe des BRH im DBB ist es heute, die berufspolitischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange seiner Einzelmitglieder zu vertreten und zu fördern. Dies geschieht durch Rechtsberatung und Rechtshilfe für unsere Mitglieder in versorgungsrechtlichen, beihilferechtlichen und anderen sozialen Fragen. In Musterprozessen kämpfen wir für die Rechte der Älteren und für Gerechtigkeit. Derzeit werden unter anderem

Prozesse betreffend Versorgungsänderungsgesetz, Beihilfeverordnung sowie Kürzung der Sonderzahlung geführt.

Auf politischer Ebene tritt der BRH für die Mitbestimmung der älteren Generation in den sie betreffenden Fragen und Angelegenheiten ein. Er vertritt engagiert und sachkundig die Interessen der Älteren gegenüber Regierung, Gesetzgeber und in der Öffentlichkeit.

Der Landesverband NRW gehören zur Zeit 43 BRH Orts- und Kreisverbände an. Bei den örtlichen Veranstaltungen finden die Mitglieder gleichgesinnte und gleichinteressierte Gesprächspartner, werden über aktuelle Themen unterrichtet und unternehmen gemeinsame Ausflüge. Die örtlichen Vertreter stehen auch gerne für persönliche Gespräche in schwierigen Lebenslagen zur Verfügung.

Um alle BRH Mitglieder über Änderungen und Neuigkeiten zu informieren, gibt der Bundesverband die Zeitschrift »Aktiv im Ruhestand« heraus. Diese ist ganz auf die Belange der Älteren abgestellt und wird kostenfrei per Post zugestellt. Neben aktuellen Themen werden auch Artikel über zum Beispiel Gesundheit, Ernährung oder Sport im Alter veröffentlicht.

Der BRH Landesverband NRW hat seinen Sitz in 48147 Münster, Nienkamp 74, Tel.: 0251-296119, Fax: 0251-274926, Email: post@brh-nrw.de

Die Geschäftsstelle ist von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 12.00 Uhr zu erreichen. Im übrigen finden Sie uns im Internet unter www.brh-nrw.de.

*Karl-Heinz Nitz, Münster
Vorsitzender des Landesverbandes*

FACHTAGUNG »ALTER IM RAMPENLICHT«

im Freien Werkstatt Theater Köln

Das Freie Werkstatt Theater Köln (FWT) besteht seit 1977 und ist eines der ältesten freien Theater Deutschlands. Sowohl Theaterproduktionen mit professionellen Künstlern als auch die Erarbeitung von Theaterstücken mit Jugendlichen Arbeitslosen oder Migranten prägten von Anfang an sein unverwechselbares Profil. Bereits 1979 gründete das FWT das erste Altentheater-Ensemble der Bundesrepublik.

Im Altentheater initiierte und veranstaltete das FWT eine Reihe von nationalen und internationalen Theaterprojekten, Festivals sowie Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen, darunter 1999

das Erste Welt-Altentheater Festival. Für seine Theaterarbeit erhielt das FWT eine Reihe von Preisen. Das dreijährige FWT-Projekt »Alter im Rampenlicht« wurde gefördert vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW.

Die Frauen und Männer des Altentheaters des FWT haben dort, wo sie aufgetreten sind, eine Spur hinterlassen, etwas in Bewegung gesetzt, Anregungen gegeben und Vorurteile ausgeräumt. Sie haben entscheidend zur Entstigmatisierung des Alters beigetragen, die Jugend fasziniert und gezeigt, dass Älterwerden ein Zugewinn an Lebensfülle bedeuten

kann. Sinn und Zweck der Fachtagung ist es, davon zu berichten und die Möglichkeit zu bieten, sich damit auseinanderzusetzen.

In der Podiumsrunde »Alter im Rampenlicht« bekräftigte Ministerialrat Peter Fettweis wie schwer es gewesen sei, dieses Projekt zu initiieren und finanziell abzusichern. Man habe mit dieser Förderung Neuland betreten und fühle sich im Endergebnis bestätigt.

Vom Beginn des vergangenen Jahrhunderts bis in die Gegenwart spannt das Altentheater des Freien Werkstatt Theaters Köln einen weiten Bogen.

Eleonore Köth-Feige

Impressum:

NUN REDEN WIR ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber:

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V.,
Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50,
Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: www.senioren-online.net/lsv-nrw

E-Mail: lsv-nrw@senioren-online.net

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

V.i.S.d.P.: Dr. Uta Renn

Redaktion: Elke Seul (fdS)

Wiss. Beratung u. Mitarbeit: Barbara Eifert

Korrektur: Eleonore Köth-Feige

Satz und Druck: Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37,
48231 Warendorf · Auflage 3000

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2005. Thema: »Ältere Menschen ausländischer Herkunft«. Schreiben Sie uns über Ihre Erfahrungen. **Redaktionsschluss 15. Mai 2005**